

Gemeinde Hörbranz Gemeindevertretung

Hörbranz, am 14. Februar 2011

Protokoll Nr. 7

über die am 26.01.2011 um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes stattgefundene öffentliche Gemeindevertretungssitzung, zu der alle Gemeindevertreter ordnungsgemäß eingeladen wurden.

Anwesend:

Bgm. Hehle Karl als Vorsitzender
Vizebgm. Srienz Petra
GR Flatz Katrin, Mag. (FH)
GR Jeglic Dietmar
GR Pinkelnig Gerhard
GR Rauch Georg
GR Siebmacher Josef
GV Biegger Siegfried
GV Boch Wolfgang, Ing.
GV Eberle Silvia
GV Fetz Ute
GV Fink Lukas
GV Greiter Karin
GV Hack Manuela
GV Hagen Christoph
GV Hagen Thomas
GV Hagspiel Xaver
GV Hiebeler Günter
GV Hutter Richard
GV Paul Stefan
GV Scheicher Ruth
GV Sinz Engelbert
GV Spritzendorfer Daniela

Vertretungen:

EM Boch Günther
EM Feuerstein Gerhard, Mag.
EM Gorbach Josef
EM Kohler Martin
EM Wagner Herbert

Auskunftsperson:

Steuerer Peter, Fa. Telesis Regionalentwicklung

Schriftführerin:

Mag. Malz Beate

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die vollzählig anwesenden Gemeindevertreter, Zuhörer sowie Peter Steurer von der Fa. Telesis Regionalentwicklung, der als Auskunftsperson zu TOP 3 anwesend ist, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Daraufhin verliest der Vorsitzende einen Antrag der FPÖ, über deren Aufnahme in die Tagesordnung abgestimmt wird. Der Antrag betrifft die Änderung in der Entsendung eines Mitglieds in die Vollversammlung des Sozialsprengels Leiblachtal.

Das BZÖ beantragt den Tausch der TOP 10 und 11 – begründet damit, dass es sich beim Antrag des BZÖ um den weiter gehenden Antrag handle.

Der Änderung der TO wird mit 16 : 10 Stimmen zugestimmt. Allerdings ist dafür eine zwei Drittel Mehrheit erforderlich, weshalb die Änderung abgelehnt wird.

2. Berichte des Bgm.

- a) Aufzeichnung von Sitzungen: Der Bgm. informiert darüber, dass zum Beschluss, GV-Sitzungen künftig aufzuzeichnen, im Gemeindevorstand über diverse Angebote beraten wurde und vereinbart wurde, dass ein in Frage kommendes Gerät nach Möglichkeit getestet werden soll. Derzeit wird ein solches Testgerät organisiert.
- b) Prüfung Sozialsprengel Leiblachtal durch den Prüfungsausschuss: In der GV-Sitzung vom Oktober 2010 wurde dem Antrag der FPÖ zugestimmt, dass dem Prüfungsausschuss der Gemeinde das Recht auf Rechnungsprüfung des Sozialsprengels Leiblachtal eingeräumt werden soll. Dem müsste der Vorstand des Sozialsprengels die Zustimmung erteilen. Der Bgm. berichtet, dass dies in der Vorstandssitzung des Sozialsprengels mehrheitlich abgelehnt wurde. Allerdings weist er auf das Angebot der Obfrau des Sozialsprengels an den Prüfungsausschuss hin, mit dem Geschäftsführer Einsicht in die Bücher zu nehmen.
Des Weiteren informiert der Bgm. darüber, dass seitens des Vorstandes des Sozialsprengels in der nächsten Vollversammlung vorgeschlagen wird, dass der Obmann des Prüfungsausschusses das Amt des Rechnungsprüfers des Sozialsprengels übernehmen soll.
- c) Trinkwasser-Kraftwerk: Der Vorsitzende berichtet über den Stand der Dinge betreffend den Bau des KW II Giggelstein, der im Gemeindevorstand beschlossen wurde. Derzeit seien die Behördenverfahren in Abwicklung, danach könnten die Aufträge vergeben werden.
- d) „Hörbranz Aktiv“: Der Bgm. kündigt an, dass nach der Diskussion zum Hörbranz Aktiv in der GV-Sitzung vom Dezember in der Februar-Ausgabe des Heftes ein Fragebogen erscheint, in dem die Bevölkerung ihre Meinung zu Erscheinungsintervallen (monatlich wie bisher, vierteljährlich, etc.), Gestaltung, Inhalten des „Hörbranz Aktiv“ kundtun kann. Die Ergebnisse daraus sollen die Grundlage für weitere Gespräche bilden. Der Bgm. ruft die Gemeindevertreter dazu auf, möglichst viele Bürger zur Beteiligung zu ermuntern.
- e) Sportplatz/Kunststoffplatz Sandriesel: Der Bgm. berichtet, dass zum Zustand des Kunststoffhartplatzes für die Leichtathleten eine Begehung mit Fachleuten stattgefunden hat und nun Angebote in drei Varianten vorliegen (Kosten: EUR 40.000,-, 115.000,- und 220.000,-). Eine Beratung im Sportausschuss bzw. Gemeindevorstand wird angekündigt.

- f) Posträumlichkeiten/Polizei: Der Bgm. teilt mit, dass inzwischen konkrete Gespräche mit Verantwortlichen von Post und Polizei über die weitere Nutzung der ehemaligen Posträumlichkeiten im Gange sind. Das nächste Gespräch finde bereits Anfang Februar statt.
- g) Brücke Diezlings: Veränderungen in der Planung haben laut Bgm. zu einer Kostensteigerung geführt. Diese werden derzeit untersucht und demnächst in einer Sitzung des Straßenausschusses vorbesprochen.
- h) Bauverwaltung Leiblachtal: Der Bgm. kündigt an, dass die mögliche Vorgehensweise zu einer gemeinsamen Bauverwaltung in Abstimmung mit den übrigen Leiblachtalgemeinden im Februar besprochen wird.
- i) Autobahnraststätte: Den Stand beim Projekt Autobahnraststätte fasst der Bgm. folgendermaßen zusammen: Die Betreibervertreter prüfen derzeit den Fragenkatalog sowie die neuen Pläne der Anrainer. Es werden Gespräche mit den Fachabteilungen sowie der Stadt Lindau geführt. Die benötigten Gutachten sind in Bearbeitung. Die Unterlagen für die Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung (SUP) werden voraussichtlich Ende Jänner bei der Umweltabteilung des Landes eingereicht. Das Ergebnis der Strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung ist der Umweltbericht. Dieser wird an den Raumplanungsausschuss der Gemeinde Hörbranz zur weiteren Bearbeitung übermittelt.

Nach Abschluss der Behördenverfahren ist eine Präsentation geplant. Sobald es eine offizielle Einreichung der Pläne gibt, werden die Gemeindegremien tagen.

3. Präsentation und Beschlussfassung zur Beteiligung am Projekt Comunis

Der Bgm. erklärt einleitend das Projekt Comunis, wozu den Gemeindevertretern eine Beilage zugesandt wurde: Die Gemeinde ist seit 2007 Mitglied beim Verein Regionalentwicklung. Über diesen Verein ist es möglich, in Zusammenarbeit mit dem Land EU-Förderungen zu lukrieren.

Anhand einer Folie werden die eingereichten Projekte aller Leiblachtalgemeinden präsentiert. Davon umgesetzte und bewilligte Projekte sind in Hörbranz die Planung Musik- und Kinderhaus, Rupp Mühle, Prinz Bioobst und Erweiterung Fernwärme oder in Lochau die Planung Seeufer Kaiserstrand.

Comunis ist ein zweijähriges Pilotprojekt der Regionalentwicklung für die beiden Regionen Großes Walsertal und Leiblachtal mit dem Ziel, Strukturen zur Betriebsstandortentwicklung zu initiieren. Die Gemeinden Lochau, Hohenweiler und Eichenberg haben den Beitritt zum Projekt bereits einstimmig beschlossen.

Anhand einer Powerpointpräsentation erläutert Peter Steurer von der Regionalentwicklung die näheren Details des Projekts. Nach einem Grundsatzbeschluss zur Beteiligung am Projekt ist geplant, Arbeitsgruppen zu bilden – bestehend aus einer Steuerungsgruppe (Bürgermeister der Leiblachtalgemeinden) und einer Arbeitsgruppe (Bürgermeister, Fachausschüsse, Experten der Gemeinden). Bis Herbst sollen Strategien entwickelt werden. Das Umsetzungsmodell, das dann vorgelegt werden soll, umfasst rechtliche Grundlagen für die gemeinsame Arbeit, Kooperationen und Statuten.

Als Budget für das Leiblachtal wurde angesetzt:

- Für Expertenleistungen, Betrieb und Gründungskosten des Projekts ein Kostenrahmen von EUR 69.050,--,
- Fördermittel vom Land und EU in Höhe von EUR 43.450,-- (Fördervoraussetzungen sind ein effizienter und wirtschaftlicher Umgang mit den öffentlichen Mitteln und die Einhaltung der geplanten Termine).

Bleibt eine Eigenbeteiligung für die Leiblachtalgemeinden in Höhe von EUR 25.600,-- (der Aufteilungsschlüssel erfolgt nach Einwohnerzahl, was bei einer zweijährigen Laufzeit des Projekts rund EUR 1,00,-- pro Einwohner und Jahr bedeutet).

Mit 25 : 2 Stimmen wird der Grundsatzbeschluss gefasst.

4. Präsentation und Beschlussfassung zum Radroutenkonzept Leiblachtal

Ebenfalls anhand einer Folie wird den Gemeindevertretern das Projekt „Regionales Radroutenkonzept“ präsentiert.

Die Obfrau des Umweltausschusses berichtet über den Inhalt der diesbezüglichen Informationsveranstaltung im Juni 2010 und streicht heraus, dass es bei dem Projekt in erster Linie um die Verbesserung des Berufsradverkehrs geht.

Der Bgm. erklärt, dass es für den Neubau von Landesradrouten erhöhte Landesförderungen gibt (bis zu 70 % der Kosten). Künftig würden vom Land nur noch Radwegprojekte gefördert, wenn ein entsprechendes Konzept vorhanden sei. Die Landesförderung für Radwege sei der Gemeinde auch beim Bau der Brücke Diezlings zu Gute gekommen. Die geplanten Schritte im Radroutenkonzept sind: Erstellung einer Bestandsanalyse, Festlegung von Landesradrouten und ergänzender örtlicher Radrouten und Beschreibung der Umsetzungsmaßnahmen.

Die Kosten belaufen sich – je nach Größe und Komplexität des Planungsgebietes – in einem Rahmen von EUR 20.000,-- bis EUR 30.000,--. Davon ausgehend würden auf die Gemeinde Hörbranz maximal Kosten in Höhe von EUR 4.500,-- zukommen.

Einstimmig wird die Erstellung des regionalen Radroutenkonzepts beschlossen.

5. Beschlussfassung der Betriebsförderung Firma "Möbelart"

Der Bgm. bringt den Gemeindevertretern ein Förderansuchen der Firma „Möbelart“ Tischlerei von Manfred Oberhauser um Befreiung von der Kommunalsteuer zur Kenntnis. Dazu erklärt der Bgm., dass Gemeindevorstand und Finanzausschuss ein Modell erarbeitet haben, das von der Gemeindevertretung beschlossen wurde. Dies orientiert sich nach Investitionen bzw. Kaufpreis für Gebäude und Maschinen eines Unternehmens. Gemäß diesen Richtlinien ist eine Förderung von 50% der bezahlten Kommunalsteuer für drei Jahre möglich. Dies entspricht einer maximal möglichen Gesamtsumme in Höhe von EUR 21.200,--.

Einstimmig wird der Förderung zugestimmt.

6. Antrag des BZÖ zur Aufnahme von Gesprächen mit der Sennereigenossenschaft Leiblachtal

Das BZÖ hat beantragt, dass die Gemeinde die Aufnahme von Gesprächen mit der Sennereigenossenschaft Leiblachtal zum Erwerb des ehemaligen Sennereigebäudes in der Heribrandstraße 5 vorantreiben soll.

Der Fraktionsobmann des BZÖ erläutert dazu, dass diese Bestrebungen bereits im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Feuerwehrhauses angedacht worden seien, aber gescheitert seien. Mit dem neuen Obmann der Sennereigenossenschaft stünden die Chancen auf Erfolg möglicherweise besser.

Eine Frage zur Größe des Miteigentumsanteils der Gemeinde wird vom Bgm. dahingehend beantwortet, dass OG und Garagen der Sennereigenossenschaft gehören und der Gemeindeanteil in etwa 30 Prozent ausmacht.

Der Bgm. merkt an, dass es sich bei diesem Vorschlag um ein langjähriges Anliegen der Gemeinde handelt und dass die ÖVP einem neuen Anlauf zustimmt. Auch die SPÖ signalisiert Zustimmung.

Einstimmig wird daraufhin dem Antrag zugestimmt.

7. Antrag des BZÖ zum Bau eines Gebäudes für "Betreutes Wohnen"

Der Antrag des BZÖ zur Verwirklichung und den Bau eines Gebäudes für „betreutes Wohnen“ im Ortszentrum von Hörbranz wird diskutiert.

Der Bgm. erklärt, dass es sich auch dabei um ein langjähriges Anliegen der Gemeinde handle und die ÖVP diesen Antrag unterstützt.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

8. Antrag des BZÖ zur Änderung der Kindergartenöffnungszeiten

Das BZÖ hat beantragt, die Kindergartenöffnungszeiten von derzeit 7.30 Uhr auf 7.00 Uhr vorzuverlegen.

Dazu bemerkt der Bgm., dass dieser Antragswunsch bereits Realität sei. Der Kindergarten Leiblach führt seit mehreren Jahren eine Gruppe ab 7.00 Uhr. Auch in der Ganztagesbetreuung im Kindergarten Ziegelbach bestünde grundsätzlich die Möglichkeit, die Kinder ab 7.00 Uhr anzumelden. Allerdings wurde dies bisher laut der letzten Bedarfserhebung von den Eltern der Kindergartenkinder nicht gewünscht. Im Zuge der Bedarfserhebung besteht für Eltern auch die Möglichkeit, Sonderwünsche anzugeben.

Auch in diesem Jahr wurden die Formulare zur Bedarfserhebung bereits im Jänner an die Eltern von (künftigen) Kindergartenkindern (Drei-, Vier- und Fünfjährige) versendet.

Das BZÖ zieht den Antrag daraufhin zurück.

9. Antrag der Grünen zur Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Kinderbetreuung

Ein Vertreter der Grünen präsentiert zwei Angebote zur Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Betreuung von Kindern zwischen 0 und 16 Jahren. An die Gemeindevertreter wird eine Unterlage zu den Inhalten dieses Leitbildes verteilt.

Darin wird vorgeschlagen, dass eine Person aus Gemeindevertretung oder Gemeindevorstand die Projektleitung übernimmt. Außerdem soll es ein von der Organisation „Pro Team“ (Team für Nahraum- und Gemeinwesenentwicklung, das mit dem ifs zusammen arbeitet) begleitetes Lenkungsgremium geben – bestehend aus Bgm., Projektleitung vor Ort, erweitert um weitere Mitglieder des Gemeinde-

vorstandes und der Gemeindevertretung. Zur Bearbeitung aller beschriebenen Inhalte soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die aus politischen Vertretern, Vertretern von Einrichtungen im Kinder- und Jugendbereich, Eltern und interessierten Bürgern zusammengesetzt ist. Der Vertreter der Grünen betont, dass eine externe Verlagerung wichtig ist.

Als Zeitplan wird vorgeschlagen: Jänner bis Dezember 2011. Die veranschlagten Kosten für das Projekt belaufen sich auf EUR 16.000,-- bis EUR 20.000,--.

In der darauffolgenden Diskussion werden vom Bgm. die derzeit bestehenden Angebote zur Kinderbetreuung in Hörbranz angeführt; darunter im Kleinkinder-Bereich die Mütterberatung, Verein Tagesmütter, Babysitterdienst, Spielgruppe Regenbogen, Kindergruppe i-Tüpfle, Eltern-Kind-Treff, Eltern-Kind-Turnen sowie Mütterverschlaufpause; für die Kinder ab drei Jahren: Kindergärten (Vormittagsgruppen, Regelgruppen, Ganztagesgruppen, Integrationsgruppen, ganztägige Sommerferienbetreuung); für Volksschüler zusätzlich zum regulären Unterricht Lernbetreuung und Schülerbetreuung (ganzzjährig und ganztägig); für Jugendliche ab zehn Jahren außer der Mittelschule Morgenbücherei, Mittagsbetreuung, Offene Jugendarbeit, Jugendarbeit diverser Vereine. Als weitere Angebote werden noch die Musikschule Leiblachtal und das Ferienprogramm genannt.

Außerdem weist der Bgm. darauf hin, dass es ein bereits bestehendes Konzept zur Verbesserung der Kinderbetreuung gibt. Im Jahr 2008 wurde unter professioneller Anleitung eine „Konzeption zur Verbesserung der außerfamiliären Kinderbetreuung“ erstellt. Als Ergebnis davon entstand der heutige „Fachbeirat Zukunft Kind“, dessen Vorsitzende die Volksschuldirektorin Irmela Küng ist. Gemeinsam mit den Beiratsmitgliedern, die aus Fachleuten aller Kinderbetreuungseinrichtungen (darunter Volksschule, Hauptschule, Spielgruppe Regenbogen, Kindergruppe i-Tüpfle, Gemeindegartengärten, Schülerbetreuung, Eltern-Kind Treff, Sozialsprengel Fachbereich Familie Frauen, Sozialsprengel Fachbereich Jugend, KG/Schulausschuss der Gemeinde) sowie engagierten Eltern und je einem politischen Vertreter der in der GV vertretenen Fraktionen bestehen.

Die Kindergartenausschuss-Vorsitzende ergänzt, dass die Konzeption des Fachbeirates auch laufend überarbeitet werde und spricht sich für die Optimierung von Bestehendem aus.

Nach einer kontroversen Diskussion wird der Antrag der Grünen mit 12 : 14 Stimmen abgelehnt (ein Gemeindevertreter der FPÖ ist bei der Abstimmung nicht im Raum).

10. Antrag des Bgm. zur Standortüberprüfung für das "Haus der Zukunft"

Der Bgm. erläutert seine Intention, die ihn zu seinem Antrag auf Standortüberprüfung bewogen hat – nämlich ein Innehalten und Neubewerten und betont, dass der Antrag des BZÖ im darauffolgenden TOP 11 seiner Meinung nach im Wesentlichen dasselbe beinhaltet, weshalb er seinen Antrag zurückziehe und dem BZÖ-Antrag zustimmen werde.

11. Antrag des BZÖ zur Neubewertung des Standortes für das "Haus der Zukunft"

Zum Antrag, das Projekt „Haus der Zukunft“ zu stoppen, um die Neubewertung des Bedarfs und sich dadurch resultierende Änderungen zu beschließen, führt der BZÖ-Vorsitzende aus, dass sich das benötigte Musikprobelokal nicht im selben Gebäude befinden müsse wie die Kleinkinderbetreuung und dass etwa das ehemalige „Dr. Krenn Haus“ bald leer stehe und eine Option sei. Gegen letztere Aussage

wird ihm vom Bgm. widersprochen. Das „Dr. Krenn Haus“ dient für die nächsten zwei bis drei Jahre als provisorische Räumlichkeit für die Integrations- und Ganztages-Kindergartengruppe Ziegelbach sowie die Kleinkinderbetreuung i-Tüpfle.

Einstimmig wird dem Antrag des BZÖ zugestimmt.

12. Antrag der FPÖ betreffend getrennte Stimmzettel bei der GV-Wahl

Zum Antrag der FPÖ erklärt der Vorsitzende, dass über die Frage der getrennten Stimmzettel bei künftigen Gemeindevertretungswahlen derzeit ein Verfahren beim VfGH anhängig ist und aufgrund dieser übergeordneten Entscheidung ein Beschluss in der GV obsolet wird. Er regt daher gegenüber der FPÖ an, den Antrag zurückzuziehen. Die FPÖ hält den Antrag mit der Begründung aufrecht, dass es dennoch ein Signal aus Hörbranz geben solle und es auch andere Gemeinden gebe, die unabhängig von der VfGH-Entscheidung diesbezügliche Beschlüsse gefasst haben.

Dem Antrag wird mit 16 : 11 Stimmen zugestimmt.

13. Protokollgenehmigung Nr. 6

Das Protokoll Nr. 6 wird einstimmig genehmigt.

14. Allfälliges

- a) Anfrage BZÖ: Der Bgm. bringt eine schriftliche Anfrage des BZÖ-Vorsitzenden zur Kenntnis und erklärt, dass die Beantwortung gemäß § 38 Abs 4 GG mündlich in der nächsten Sitzung erfolge.
- b) Ein Gemeindevertreter bemerkt, dass für einige Mitglieder in diversen Ausschüssen der übliche Sitzungsbeginn um 19.00 Uhr ein Problem darstelle und regt an, diesen nach hinten zu verlegen.
- c) Eine Anfrage betreffend die Tätigkeit des Jugendausschusses wird von der Obfrau dahingehend beantwortet, dass die Tagesordnung für die nächste Sitzung bereits fixiert sei und diese im Februar stattfinden werde.
- d) Die derzeitige Bussituation in der Allgäustraße wird kritisiert. Es komme zu gefährlichen Situationen im Kreuzungsbereich, weil ein Busunternehmen nicht an der regulären Bushaltestelle Station machen dürfe. Der Bgm. zeigt sich über dieses Problem verwundert, da er es für bereits erledigt hielt und verspricht, sich der Sache anzunehmen.
- e) Der BZÖ-Vorsitzende berichtet den anwesenden Anrainern des Projekts Autobahnraststätte, eine Anfrage im Nationalrat und an die deutschen Behörden zu stellen und sie über das Ergebnis davon zu informieren.
- f) Der Obmann des Bauausschusses fragt beim Bgm. an, weshalb ihm der Zutritt zum Josefsheim verwehrt worden sei, dessen OG er im Zuge der Vorbereitung auf die Bauausschusssitzung ein zweites Mal besichtigen habe wollen. Er habe die Höhe der Kostenschätzung des

Architekten für den geplanten Dachausbau angezweifelt und bei der ersten Besichtigung Baumängel entdeckt. Der Bgm. stellt fest, dass es für den laufenden Heimbetrieb nicht förderlich sei, wenn einzelne Mandatäre ohne Auftrag und ohne Rücksprache Besichtigungen vornehmen. Er schlägt stattdessen eine gemeinsame Begehung mit dem gesamten Bauausschuss, dem Gemeindevorstand, dem Architekten und dem Geschäftsführer des Josefsheims vor. Die Besichtigung soll bei Tageslicht stattfinden.

Daraufhin wird von Vertretern von FPÖ und SPÖ die Teilnahme des Architekten am Lokalauenschein abgelehnt, mit der Begründung, dieser sei bei der Beurteilung des Bauzustandes befangen.

- g) Von der FPÖ wird eine Anfrage an die Obfrau des Sozialsprengels gestellt, die auch schriftlich verteilt wird. Die Anfrage betrifft etwa das Stattfinden von statutengemäßen Versammlungen im Jahr 2010, Neubesetzungen im Vorstand sowie den Beschluss des Rechnungsabschlusses 2009. Die Obfrau des Sozialsprengels teilt mit, dass die Beantwortung bis zur nächsten Sitzung erfolgen wird.

Vom Obmann des Prüfungsausschusses wird kritisiert, dass dem Prüfungsausschuss – wie vom Bgm. eingangs berichtet (TOP 2) – das Recht auf Rechnungsprüfung des Sozialsprengels Leiblachtal verwehrt wird, obwohl Hörbranz jährlich eine Summe von über EUR 100.000,-- bezahlen müsse. Den unter TOP 2 unterbreiteten Vorschlag, das Amt des Kassaprüfers zu übernehmen, lehnt der Obmann des Prüfungsausschusses ab und regt an, statt dessen den Chefbuchhalter der Gemeinde damit zu beauftragen, der dafür fachlich kompetent sei.

- h) Die Obfrau des Markt- und Dorfplatzausschusses kündigt den am Freitag, 4.03.2011, stattfindenden Gemeindeball an und bittet um rege Teilnahme bzw. Informationsverbreitung unter den Bürgern.

Ende der Sitzung: 22.20 Uhr

Die Schriftführerin:

Beate Malz

Mag. Beate Malz

Der Bürgermeister:

Karl Hehle

Bgm. Karl Hehle